

Fragen

**für die Fragestunde der 193. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 16. Oktober 2024**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökey (Gruppe Die Linke)	24, 29	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	16, 20
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17, 44	Latendorf, Ina (Gruppe Die Linke)	39, 40
Brandner, Stephan (AfD)	9, 10	Ludwig, Daniela (CDU/CSU)	11
Bünger, Clara (Gruppe Die Linke)	26, 34	Möhring, Cornelia (Gruppe Die Linke)	46
Dağdelen, Sevim (Gruppe BSW)	28, 38	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	2, 45
Gädechens, Ingo (CDU/CSU)	35, 37	Pilsinger, Stephan, Dr. (CDU/CSU)	42, 43
Görke, Christian (Gruppe Die Linke)	15, 32	Plum, Martin, Dr. (CDU/CSU)	8, 30
Gohlke, Nicole (Gruppe Die Linke)	12, 13	Renner, Martina (Gruppe Die Linke)	22, 23
Gottschalk, Kay (AfD)	14, 19	Rohwer, Lars (CDU/CSU)	6, 7
Hauer, Matthias (CDU/CSU)	18, 41	Schattner, Bernd (AfD)	4, 5
Hunko, Andrej (Gruppe BSW)	27, 36	Schmidt, Eugen (AfD)	21, 31
Jarzombek, Thomas (CDU/CSU)	1, 3	Seitz, Thomas (fraktionslos)	25, 33

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat	7
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz.....	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.....	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr ...	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz.....	17

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Bildung und Forschung**

1. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU) Was will die Bundesforschungsministerin für Bildung und Forschung Bettina Stark-Watzinger für die zweite Pakt Hälfte des Pakts für Forschung und Innovation (PFI) ändern, und wie sieht hier die Zeitachse aus (vgl. www.gwk-bonn.de/fileadmin/Redaktion/Dokumente/Papers/PFI-Monitoring-Bericht_2024_Bd_I_barrierefrei.pdf, S. 11)?
2. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD) Bezog sich die Bundesministerin für Bildung und Forschung Bettina Stark-Watzinger anlässlich eines Festaktes zum Tag der Deutschen Einheit mit ihrer Mahnung, Demokratie „nicht aus falscher politischer Korrektheit nicht genug zu verteidigen“ auch auf konkretes Verhalten der Bundesregierung, und wenn ja, wo wird der dringendste Handlungsbedarf gesehen (vgl. www.f.r.de/rhein-main/hochtaunus/bad-homburg-ort47554/demokratie-beispielgebend-leben-93336333.html, zuletzt abgerufen am 4. Oktober 2024)?
3. Abgeordneter
Thomas Jarzombek
(CDU/CSU) Wie bewertet die Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger die KPIs (Key Performance Indicators) für Ausgründungen im Pakt für Forschung und Innovation (PFI) im Hinblick darauf, dass Venture-Capital-Investoren gegenteilig agieren und viel risikobereiter sind, und ist das aus ihrer Sicht ein Grund dafür, dass so wenig Venture-Capital in Ausgründungen aus der Wissenschaft investiert wird?
4. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD) Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, wie hoch die Steigerung der Ausfallstunden an den deutschen Schulen in den letzten zehn Jahren war?
5. Abgeordneter
Bernd Schattner
(AfD) Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung bezüglich der sogenannten Fördergeldaffäre um die Bundesministerin für Bildung und Forschung Bettina Stark-Watzinger (www.tagesschau.de/investigativ/ndr/stark-watzinger-foerdergeld-100.html)?
6. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU) Mit wem haben bereits Gespräche für eine neue DDR-bezogene Förderinitiative im Bundesministerium für Bildung und Forschung ab 2026 stattgefunden (bitte auch das Ergebnis der Gespräche angeben), und welche Ergebnisse liegen bereits für eine inhaltliche und strukturelle Gestaltung der neuen Förderinitiative vor?

7. Abgeordneter
Lars Rohwer
(CDU/CSU)
- Welche Gespräche hat die Bundesministerin für Bildung und Forschung Bettina Stark-Watzinger mit Vertretern der Länder im Rahmen der Umsetzung des angeforderten Konzepts für ein Bundesländer-Dauerstellenprogramm geführt (bitte Zeitpunkt der Gespräche und Teilnehmer nennen), und warum hat sie dieses erst im Juli 2024, neun Monate nach Zustandekommen des Maßgabebeschlusses, in der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz thematisiert?
8. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- In welchem Kapitel und unter welchem Titel des Bundeshaushalts 2024 sind die in der Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 24-09-0441 auf Bundestagsdrucksache 20/13317 vom 7. Oktober 2024 aufgeführten Fördermittel in Höhe von 338.000 Euro auf Grundlage des Beschlusses des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages vom 16. November 2023 für die Max Steinbeis Verfassungsblog gGmbH ausgewiesen bzw. erschienen?
9. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Welches sind nach Ansicht der Bundesregierung die fünf größten Herausforderungen im Bildungsbereich, und wie gedenkt sie, diese zu lösen?
10. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung in der aktuellen Legislaturperiode Maßnahmen ergriffen, um das Bildungsniveau in Deutschland zu verbessern und den Lehrermangel an deutschen Schulen zu bekämpfen, und falls ja, um welche Maßnahmen handelt es sich hierbei (<https://deutsches-schulportal.de/bildungswesen/lehrermangel-bleibt-bundesweit-ein-problem/>)?
11. Abgeordnete
Daniela Ludwig
(CDU/CSU)
- Wann wird die Bundesregierung konkret eine neue Förderlinie basierend auf den Erkenntnissen der Förderlinie „Aktuelle Dynamiken und Herausforderungen des Antisemitismus“ veröffentlichen, und will die Bundesregierung eine lückenlose Fortsetzung ab Sommer 2025 sicherstellen?
12. Abgeordnete
Nicole Gohlke
(Gruppe Die Linke)
- Inwiefern ist in dieser Legislatur noch eine 30. Reform des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) geplant, gerade vor dem Hintergrund, dass das BAföG weiterhin nicht bedarfsdeckend und existenzsichernd ausgestaltet ist?

13. Abgeordnete
Nicole Gohlke
(Gruppe Die Linke)
- Hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung die 23. Sozialerhebung zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Studierenden in Deutschland bereits in Auftrag gegeben (inklusive der Bereitstellung von Geldern und des Starts der Datenerhebung), und wenn ja, wann wurde der Auftrag erteilt, und ist die Veröffentlichung der Sozialerhebung im regulären Turnus zum kommenden Jahr gesichert, und wenn nein, weshalb wurde die 23. Sozialerhebung noch nicht begonnen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

14. Abgeordneter
Kay Gottschalk
(AfD)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass auf Regierungsebene bezüglich Afghanistan in einem der Jahre zwischen 2020 und heute entschieden wurde, dass die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH Hawala-Banking verwenden soll bzw. verwenden können soll und die GIZ dafür ggf. eine Haftungsfreistellung von der Bundesregierung bzw. einzelnen Bundesministerien erhalten hat?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

15. Abgeordneter
Christian Görke
(Gruppe Die Linke)
- In welchen Fällen der in der BBSR-Datenbank „Wohnungstransaktionen“ (BBSR = Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung) erfassten Transaktionen seit dem 1. Januar 2023 handelte es sich nach Kenntnis der Bundesregierung um Share-Deals (bitte nach Quartalen aufschlüsseln und bitte die Anzahl der Transaktionen, Gesamtvolumen der Transaktionen sowie nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl der Transaktionen zur Steuervermeidung tabellarisch angeben)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

16. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Welche Akteure waren nach Kenntnis der Bundesregierung an der Erstellung und Beratung des Gesetzentwurfs betreffend das private Altersvorsorge-Depot beteiligt (www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/lindner-depot-erklaert-staat-private-rente-mit-aktien-foerderung,UQEFnaR)?
17. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass in einem aktuellen Fall dem Land Berlin mindestens mehrere 100 Mio. Euro an Grunderwerbsteuer entgehen, weil der Bereich der Share-Deals trotz gegenseitiger Ankündigung im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP immer noch nicht gesetzlich neu geregelt ist (siehe dazu: www.tagesspiegel.de/berlin/komplett-ubernahme-der-deutsche-wohnen-durch-vonovia-berlin-entgehen-durch-steuerschlupfloch-hundert-e-millionen-euro-12504428.html), und falls ja, denkt die Bundesregierung über Unterstützungsmaßnahmen, wie etwa freiwillige finanzielle Kompensation für das Land Berlin, nach (oder ähnlich)?
18. Abgeordneter
Matthias Hauer
(CDU/CSU)
- In welcher Höhe wurden seitens der Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH im Zusammenhang mit dem Verkauf von rund 53,1 Millionen Aktien an der Commerzbank AG Zahlungen an die involvierten Unternehmen J. P. Morgan Securities plc, Sullivan & Cromwell LLP, Goldman Sachs Europe SE und J. P. Morgan SE (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 25 auf Bundestagsdrucksache 20/12914) geleistet (bitte nach den einzelnen Zahlungsempfängern, dem jeweiligen Auftragsgegenstand und den Zeiträumen der Tätigkeiten aufschlüsseln), und was war konkret Gegenstand des seitens der Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH im Dezember 2021 abgeschlossenen Vertrags mit J. P. Morgan Securities plc (bitte insbesondere dazu ausführen, inwiefern ein möglicher Verkauf der Aktien ggf. Beratungsgegenstand war)?

19. Abgeordneter
Kay Gottschalk
(AfD)
- Kann die Bundesregierung ausschließen, dass die E-Mails und Kalendereinträge von Bundeskanzler Olaf Scholz beim Bundesministerium der Finanzen nach dem Zeitpunkt der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 20/5425 bis heute gelöscht wurden, und kann sie bestätigen, dass die E-Mails auch zukünftig nicht gelöscht werden sollen (siehe hierzu u. a. Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 4 und 5 der Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 20/13221)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern und für Heimat

20. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Erfolgt nach Kenntnis der Bundesregierung bei den durch den Europäischen Gerichtshof erleichterten Asylanträgen afghanischer Frauen und Mädchen die Geschlechtsbestimmung nach den Maßgaben des Selbstbestimmungsgesetzes oder aufgrund des faktischen, biologischen Geschlechts (www.tagesschau.de/ausland/europa/ugh-asyl-afghanistan-100.html)?
21. Abgeordneter
Eugen Schmidt
(AfD)
- Welche Rechtsverordnungen zur Umsetzung der vom Deutschen Bundestag im November 2023 beschlossenen Änderung des Bundesvertriebenengesetzes wurden bislang ggf. noch nicht erlassen und aus welchem Grund (Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 37 auf Bundestagsdrucksache 20/12913)?
22. Abgeordnete
Martina Renner
(Gruppe Die Linke)
- Mit wie vielen und welchen Verdachtsfällen mutmaßlicher Sabotage im Jahr 2023 hat sich die behördenübergreifende Arbeitsgruppe Hybride Bedrohungen (AG Hybrid; www.zeit.de/2024/41/russische-sabotage-wegwerf-agenten-geheimdienst-sicherheitsbehoerde) beschäftigt (bitte nach Ort und Datum aufschlüsseln)?
23. Abgeordnete
Martina Renner
(Gruppe Die Linke)
- Mit wie vielen und welchen Verdachtsfällen mutmaßlicher Sabotage im Jahr 2024 hat sich die behördenübergreifende Arbeitsgruppe Hybride Bedrohungen (AG Hybrid; www.zeit.de/2024/41/russische-sabotage-wegwerf-agenten-geheimdienst-sicherheitsbehoerde) beschäftigt (bitte nach Ort und Datum aufschlüsseln)?

24. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(Gruppe Die Linke)
- Welche Informationen kann die Bundesregierung zum Stand der Bearbeitung des im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP angekündigten Entwurfs für ein Bundespartizipationsgesetz geben, und welche Angaben kann sie zum Zeitplan der Einbringung dieses Gesetzesvorhabens in den Deutschen Bundestag machen, insbesondere, ob noch mit einer Einbringung in dieser Legislaturperiode zu rechnen ist?
25. Abgeordneter
Thomas Seitz
(fraktionslos)
- Wie viele Fälle von polizeilichem Schusswaffengebrauch gab es – sofern entsprechende Erhebungen vorliegen – nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem 31. Mai 2024, dem Tag des islamotivierten Messerangriffs auf Michael Stürzenberger in Mannheim, in dessen Verlauf der Polizeibeamte Rouven Laur tödlich verletzt wurde, in Deutschland (bitte aufschlüsseln nach Schusswaffengebrauch gegen Personen bzw. Tiere/Sachen sowie Fälle von unzulässigem Schusswaffengebrauch)?

26. Abgeordnete
Clara Bünger
(Gruppe Die Linke)
- Wird die Bundesregierung durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Georgien und Moldau nicht mehr als sichere Herkunftsstaaten einzustufen sind, nachdem der Europäische Gerichtshof mit Urteil vom 4. Oktober 2024 in der Rechtssache C-406/22 entschieden hat, dass die Kriterien für die Bestimmung eines Drittstaats als eines sicheren Herkunftsstaats in seinem gesamten Hoheitsgebiet erfüllt sein müssen (der Kläger war moldauischer Staatsangehöriger aus dem russisch besetzten Transnistrien, auch Teile Georgiens sind von Russland besetzt; bitte ausführlich in Auseinandersetzung mit dem genannten Urteil begründen), und wird die Bundesregierung jedenfalls die Einstufung Georgiens als sicheren Herkunftsstaat zurücknehmen, nachdem aus ihrer Sicht ein im September 2024 verabschiedetes „Gesetzespaket gezielt LGBTIQ-Menschen [diskriminiert] und [...] die individuellen Bürgerrechte“ einschränkt (Antwort der Bundesregierung auf die Mündliche Frage 36 der Abgeordneten Canan Bayram, Plenarprotokoll 20/190, S. 24775), was nach meiner Einschätzung der Einstufung als sicherem Herkunftsstaat klar widerspricht (bitte begründen), auch vor dem Hintergrund, dass die die Bundesregierung tragenden Fraktionen in einem Antrag auf Bundestagsdrucksache 20/13222 unter anderem feststellen, dass das jüngst verabschiedete georgische Transparenzgesetz „unvereinbar mit den zentralen Werten und demokratischen Prinzipien der EU“ ist, dass es „Einschüchterungen, Drohungen und Übergriffe auf Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft, Journalistinnen und Journalisten, die LGBTQIA+-Gemeinschaft sowie oppositionelle Politikerinnen und Politiker“ gibt und dass „der Druck, der auf Staatsbedienstete ausgeübt wird, [...] gegen demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien“ verstößt?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

27. Abgeordneter
Andrej Hunko
(Gruppe BSW)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den Beschluss der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) durch die israelischen Streitkräfte (<https://tagesschau.de/ausland/asien/libanon-un-hauptquartier-beschuss-100.html>), und welche konkreten Schritte unternimmt die Bundesregierung, um die israelische Regierung und die israelischen Streitkräfte von weiterem Beschuss auf die UNIFIL-Mission, an der auch die Bundeswehr beteiligt ist, abzuhalten?

28. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(Gruppe BSW)
- Inwieweit sieht die Bundesregierung in den von ihr getroffenen Entscheidungen, die sicherstellen, dass es demnächst weitere Waffenlieferungen geben wird, ein Zeichen an Israel, seinen militärischen Einsatz wie gehabt fortzusetzen, vor dem Hintergrund der erneuten Ausweitung der Angriffe in Gaza, wo nach Angaben einer unabhängigen Menschenrechtskommission das Gesundheitssystem gezielt zerstört worden ist (AP vom 10. Oktober 2024) und durch Angriffe des israelischen Militärs ca. 42.000 Menschen gestorben sowie ca. 98.000 verletzt wurden (dpa vom 9. Oktober 2024), der Angriffe des israelischen Militärs im Libanon, darunter am 10. Oktober 2024 auf Einrichtungen der UN-Mission UNIFIL, der Angriffe des israelischen Militärs auf Syrien sowie der angekündigten Angriffe auf Iran, und hat die Bundesregierung nach dem Beschluss des Hauptquartiers der UN-Mission UNIFIL im Libanon beim israelischen Verteidigungsminister Joav Galant Protest eingelegt und den israelischen Botschafter in Berlin einbestellt, so wie es der Verteidigungsminister des NATO-Verbündeten Italien, Guido Crosetto, getan hat, und wenn nein, warum nicht, vor dem Hintergrund, dass deutsche Soldaten an der UNIFIL-Mission beteiligt und auch in deren Hauptquartier stationiert sind (dpa vom 10. Oktober 2024)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

29. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(Gruppe Die Linke)
- Mit welchen Praktikerinnen und Praktikern, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und Verbänden standen Vertreterinnen und Vertreter des Bundesministeriums der Justiz zur Vorbereitung der Reform des Kindschaftsrechts – Modernisierung von Sorgerecht, Umgangsrecht und Adoptionsrecht (Kindschaftsrechtsmodernisierungsgesetz – KiMoG) noch vor der formalen Beteiligung nach § 47 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien – innerhalb dieser Legislaturperiode – in Kontakt, und welche Organisationen wurden bisher zu einer Stellungnahme aufgefordert?

30. Abgeordneter
Dr. Martin Plum
(CDU/CSU)
- Welche sieben Regelungsvorhaben weisen laut Online-Datenbank des Erfüllungsaufwands (OnDEA; www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Bue-rokratiekosten/Erfuellungsaufwand/OnDEA.html?nn=629442) aktuell den höchsten geschätzten laufenden Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger auf, und welche sieben Regelungsvorhaben weisen laut OnDEA aktuell den höchsten geschätzten laufenden Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft auf (bitte jeweils nach Regelungsvorhaben sowie darauf bezogenen geschätztem laufendem Erfüllungsaufwand aufschlüsseln)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

31. Abgeordneter
Eugen Schmidt
(AfD)
- Inwiefern konnten durch die Grundrente die in den 1990er Jahren beschlossenen Rentenkürzungen für deutsche Aussiedler und Spätaussiedler nach Ansicht der Bundesregierung zum Teil ausgeglichen werden, bzw. beabsichtigt die Bundesregierung ggf. entsprechende weitere Initiativen zu ergreifen (www.bva.bund.de/SharedDocs/Kurz-meldungen/DE/Buerger/Migration-Integration/Spaetaussiedler/Meldung_21_Dezember_2020.html)?
32. Abgeordneter
Christian Görke
(Gruppe Die Linke)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung die jährlichen Kosten für die geplante Anschubfinanzierung für Langzeitarbeitslose bis 2030 ein, und viele Langzeitarbeitslose haben nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten fünf Jahren einen sozialversicherungspflichtigen Job gefunden, der die geplanten Bedingungen für die Anschubfinanzierung erfüllen würde (bitte Antworten nach Jahren aufschlüsseln; vgl. www.merkur.de/welt/buergereld-anschubfinanzierung-habeck-ampel-koalition-langzeitarbeitslose-kritik-93343224.html)?

33. Abgeordneter
Thomas Seitz
(fraktionslos)

Wie viele Anzeigen wegen des Verdachts auf Wucher gemäß § 291 des Strafgesetzbuches bzw. wegen des Verdachts auf Mietpreisüberhöhung gemäß § 5 des Wirtschaftsstrafgesetzes (WiStG) hat die Bundesagentur für Arbeit in den Jahren 2021 bis 2024 erstattet bzw. die Einleitung von Verfahren nach § 8 WiStG zur Abführung des Mehrerlöses beantragt (bitte jeweils aufschlüsseln nach Jahren), und in wie vielen Fällen ist es nach Kenntnis der Bundesregierung anschließend zur Verhängung einer Sanktion bzw. zur Vermögensabschöpfung gekommen (bitte aufschlüsseln nach Jahren sowie nach Straf- und Bußgeldverfahren bzw. Vermögensabschöpfung) angesichts des Umstands, dass aktuell 417 Bedarfsgemeinschaften aufgrund der Höhe der Kosten der Unterkunft über 10.000 Euro an Leistungen monatlich erhalten, davon 44 Bedarfsgemeinschaften über 15.000 Euro und fünf Bedarfsgemeinschaften über 20.000 Euro, wobei im Einzelfall die Kosten für die Unterbringung in einer Gruppenunterkunft mit bis zu 97,64 Euro pro Person und Tag berücksichtigt sind (vgl. Artikel in BILD vom 2. Oktober 2024: „Das Millionen-Geschäft mit Flüchtlings-Unterkünften“)?

34. Abgeordnete
Clara Bünger
(Gruppe Die Linke)

Für wann plant die Bundesregierung die im Koalitionsvertrag zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vorgesehene Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) und damit auch die gesetzgeberische Umsetzung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 19. Oktober 2022 (1 BvL 3/21; vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 24, Plenarprotokoll 20/72, S. 8440), auch vor dem Hintergrund, dass der genannte Beschluss bereits vor zwei Jahren gefällt wurde und es nach meiner Ansicht ungebührlich gegenüber dem Bundesverfassungsgericht erscheint, notwendige gesetzgeberische Konsequenzen über einen solch langen Zeitraum nicht zu ziehen, obwohl es um die Gewährleistung der Menschenwürde der betroffenen Personen geht, zumal das AsylbLG seitdem bereits geändert wurde und eine weitere Änderung aktuell geplant ist (vgl. Bundestagsdrucksache 20/12805, bitte begründen), und hält die Bundesregierung den geplanten kompletten Leistungsausschluss in bestimmten Dublin-Fällen (ebd., Artikel 4 Nummer 1) mit Artikel 20 der EU-Aufnahmerichtlinie (2013/33/EU) bzw. ihrer kommenden Neufassung (2024/1346), die in Artikel 21 ausdrücklich vorsieht, dass ein Lebensstandard im Einklang mit Unionsrecht und der Grundrechte-Charta sicherzustellen ist, für vereinbar (bitte begründen)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums der
Verteidigung**

35. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Warum spricht der Bundesminister der Verteidigung Boris Pistorius bzw. das Bundesministerium der Verteidigung im Kontext eines Truppenbesuches in Fritzlär von der Beschaffung von „bis zu 82“ Leichten Kampfhubschraubern (LKH) (https://x.com/BMVg_Bundeswehr/status/1838627599750455739) – womit nach meiner Auffassung eine erfolgte Beschaffungsentscheidung mit einer Gesamtanzahl von 82 LKH suggeriert werden soll –, obwohl bisher laut 19. Rüstungsbericht des Bundesministeriums der Verteidigung nur 62 LKH bestellt wurden und ausweislich des Regierungsentwurfs für einen Bundeshaushalt 2025 auch im kommenden Jahr offenbar keine Bestellung weiterer 20 Hubschrauber nebst weiteren Rüstätzen geplant ist (bitte mit Erläuterung, warum seitens der Bundesregierung nicht die komplette Anzahl von 82 LKH fest beauftragt werden soll), und wie gedenkt das Bundesministerium der Verteidigung, ohne die Bestellung weiterer 20 LKH die gegenüber der NATO zugesagte Anzahl an Kampfhubschraubern bis 2036 (vgl. Ausschussdrucksache 20(8)5740) zur Verfügung zu stellen?
36. Abgeordneter
Andrej Hunko
(Gruppe BSW)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über Pläne, im Rahmen der EU-Unterstützungsmission für die Ukraine (EUMAM Ukraine) Militärberater in die Ukraine zu entsenden (www.pravda.com.ua/eng/news/2024/10/2/7477856/), und plant die Bundesregierung eine Entsendung von Angehörigen der Bundeswehr, beispielsweise im Rahmen von EU-Missionen, in die Ukraine?

37. Abgeordneter
Ingo Gädechens
(CDU/CSU)
- Wie hoch ist bzw. war der Ausgaben-/Bindungsstand des Sondervermögens Bundeswehr (also die Summe der Gesamtbelastung des Sondervermögens Bundeswehr über alle Jahre, bestehend aus den durch Vertragsabschlüsse gebundenen Haushaltsmitteln sowie den geleisteten Zahlungen) zu den Stichtagen 11. Oktober 2024, 1. August 2024, 30. April 2024, 31. Oktober 2023 sowie 30. April 2023 (bitte mit Erläuterung, zu welchem Zeitpunkt – auf Grundlage der Entwicklung des Ausgaben-/Bindungsstandes anhand der unterschiedlichen Stichtage – die Bundesregierung davon ausgeht, dass das gesamte Sondervermögen Bundeswehr gebunden sein wird), und welche außerhalb des Sondervermögens Bundeswehr eingegangenen finanziellen Verpflichtungen wurden bis zum 11. Oktober 2024 in das Sondervermögen Bundeswehr übertragen (bitte angeben, an welchem Datum die Bindungen übertragen wurden und wie hoch datumsscharf die Summe der übertragenen Bindungen war)?
38. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(Gruppe BSW)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung ggf. darüber, ob bei dem Beschuss von UNIFIL im Libanon durch die israelische Armee Rüstungsgüter, die von Deutschland an Israel geliefert wurden, zum Einsatz kamen, und prüft die Bundesregierung ggf., ob Rüstungsgüter, die von Deutschland an Israel geliefert wurden, bei dem Beschuss von UNIFIL im Libanon durch die israelische Armee zum Einsatz kamen, und wenn nein, warum nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

39. Abgeordnete
Ina Latendorf
(Gruppe Die Linke)
- Gewährt die Bundesregierung den EU-Mittelmeerländern (MED9-Mitgliedstaaten) Unterstützungsleistungen bezüglich der Probleme Wasserknappheit, sog. Wasserresilienz, und bei nachhaltigen landwirtschaftlichen Praktiken, vor allem auch vor dem Hintergrund des „Wasserimports“ von Agrarprodukten durch Obst und Gemüse aus Spanien, Portugal und Griechenland, und wenn ja, welche?

40. Abgeordnete
Ina Latendorf
(Gruppe Die Linke)
- Inwiefern plant die Bundesregierung, sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass „die Probleme der Patentierung von Pflanzen gelöst und nicht verschärft werden“, wie es der Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft Cem Özdemir in Bezug auf Neue Gentechniken formuliert hat (www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2023/095-gentechnik.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

41. Abgeordneter
Matthias Hauer
(CDU/CSU)
- Geht die Bundesregierung davon aus, dass es durch die mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Fortentwicklung des Steuerrechts und zur Anpassung des Einkommensteuertarifs (Bundestagsdrucksache 20/12778) vorgesehene Überführung der Steuerklassen III und V in das Faktorverfahren für Ehepaare ggf. zu Verminderungen bei dem durch einen der Ehepartner zu beziehenden Elterngeld kommen kann, und falls ja, wie hoch ist der Betrag, um den das durch einen der Ehepartner zu beziehende Elterngeld in der Folge maximal gemindert werden kann?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

42. Abgeordneter
**Dr. Stephan
Pilsinger**
(CDU/CSU)
- Wird nach Einschätzung der Bundesregierung das Card-Link-Verfahren zur ortsunabhängigen Einlösung von E-Rezepten (vgl. www.deutschesapothekenportal.de/download/public/arbeitshilfen/dap_arbeitshilfe_faq_cardlink.pdf) zu einer – wie ich befürchte – disruptiven Situation im deutschen Apothekenwesen führen, indem es zu einer massiven Steigerung des Versandhandels rezeptpflichtiger Arzneimittel kommt, wovon die marktmächtigsten Anbieter selbst sprechen (vgl. www.apotheken-adhoc.de/nachrichten/detail/e-rezept/redcare-holt-mehr-e-rezepte/ oder www.apotheke-adhoc.de/nachrichten/detail/e-rezept/redcare-holt-mehr-e-rezepte/ oder www.eqs-news.com/de/news/adhoc/docmorris-waechst-im-rezept-geschaefit-und-investiert-zusaetzlich-in-rx-neukunden/2114859), und wenn ja, wie will die Bundesregierung verhindern, dass nur die schwer verfügbaren oder besonders temperaturanfälligen rezeptpflichtigen Arzneimittel bei der Apotheke vor Ort, hingegen die leicht verfügbaren rezeptpflichtigen Arzneimittel bei Arzneimittelversendern aus dem EU-Ausland erworben werden?
43. Abgeordneter
**Dr. Stephan
Pilsinger**
(CDU/CSU)
- Wie will die Bundesregierung das von ihr in ihrem Gesetzentwurf für ein Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) verankerte Ziel einer qualitativ hochwertigen, flächendeckenden und bedarfsgerechten Krankenhausversorgung im Bereich der jährlich knapp 55.000 multimodalen Schmerzpatienten sowie der jährlich rund 10.000 Patienten der Komplextherapie des Bewegungssystems sicherstellen, nachdem beide Bereiche in der aktuellen Leistungsgruppensystematik nicht vorgesehen sind (vgl. Anlage 1 zu Bundestagsdrucksache 20/11854, S. 56 ff.), und gibt es vonseiten der Bundesregierung Überlegungen, eine zusätzliche Leistungsgruppe „Schmerztherapie“ einzuführen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Digitales und Verkehr**

44. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, dass jemand, der ein Sparpreisticket bei der Deutschen Bahn AG kaufen möchte, dies online machen oder zumindest am Schalter seine E-Mail-Adresse oder Handynummer angeben muss und dies von Datenschützern heftig kritisiert wird sowie bestimmte Kunden damit außen vor bleiben (siehe dazu: www.spiegel.de/wirtschaft/service/bahn-datenschuetzer-kritisieren-online-vertrieb-bei-sparpreisticket-a-c1eba84d-068b-40ba-a6ed-3f7bfe5d17ef), und falls ja, hat die Bundesregierung deswegen bereits etwas unternommen oder wird sie etwas unternehmen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz**

45. Abgeordneter
**Tobias Matthias
Peterka**
(AfD)
- Welche konkreten Positionen der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz Steffi Lemke müssen in der Migrationspolitik nun am dringendsten „auf den Prüfstand“ gestellt werden, und wie begründet sich ihre Ansicht, Deutschland könne nicht allein seine Grenzen schützen (vgl. www.finanznachrichten.de/nachrichten-2024-10/63420049-lemke-gegen-deutschen-alleingang-in-der-migrationspolitik-003.htm, zuletzt abgerufen am 4. Oktober 2024)?
46. Abgeordnete
Cornelia Möhring
(Gruppe Die Linke)
- Wie wird sich die Bundesregierung bezüglich des deutsch-brasilianischen Atomabkommens verhalten, das 1975 mit der damaligen Militärdiktatur abgeschlossen wurde und den Bau von acht Atomkraftwerken (AKW) durch Siemens und die Kraftwerke Union AG vorsah, wobei lediglich ein AKW fertig gebaut wurde und eine weitere Anlage seit 1992 in Bau ist und das sich Mitte November 2024 automatisch um weitere fünf Jahre verlängern würde, es sei denn, die Bundesrepublik Deutschland kündigt den Vertrag gegenüber Brasilien, und was sind die Gründe für diese Entscheidung?

